

ANSPRECHPARTNER

**Niko Reith**

Sozialpolitischer Sprecher

 nikolai.reith@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9290
**Jochen Haußmann**
 Parlamentarischer Geschäftsführer
 & Gesundheitspolitischer Sprecher

 jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9320
**Rudi Fischer**

Seniorenpolitischer Sprecher

 rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9310
**Markus Flandi**

Parlamentarischer Berater

 markus.flandi@fdp.landtag-bw.de
 +49 711 2063-9021

SOZIALES & INTEGRATION

Mit Beginn der neuen Legislaturperiode im Mai 2021 hat sich der Arbeitskreis Soziales, Gesundheit und Integration unter dem Vorsitz von Niko Reith MdL neu konstituiert. Verstärkt wird er von Jochen Haußmann MdL, der Sprecher für die Bereiche Gesundheit und Pflege ist sowie von Rudi Fischer MdL, der die Seniorenpolitik verantwortet.

Die FDP/DVP-Fraktion macht dort weiter, wo sie mit der Landtagswahl im März aufgehört hat: Bei einer innovativen, kreativen und durchdachten Oppositionspolitik, die klare Alternativen der Freiheit und Vernunft – gekoppelt mit Verantwortung – aufzeigt.

Es ist offenkundig, dass die Arbeit von der Corona-Krise dominiert wurde und wird. Dennoch haben wir weitere wichtige Themen aufgegriffen. Beispielsweise steht die Pflege vor einem tiefgreifenden Systemwandel. Mit einem Antrag wollten wir wissen, wie der Übergang zum neuen System der Qualifikationsmixe ab 1. Juli 2023 erfolgen soll. Denn es braucht in ganz erheblichem Umfang zusätzliche Beschäftigte des Qualifikationsniveaus drei (Assistenzkräfte). Auch mit den Gesundheitsplanungen haben wir uns befasst. Ein Schlaglicht haben wir auf die Geburtshilfe im Land gerichtet.

Großen Anteil nehmen wir am Schicksal der „Verschickungskinder“ und haben einen Antrag zur Unterstützung der Aufklärungsarbeit

von Verschickungskindern in der Vergangenheit eingebracht. Es macht Mut, dass das Land hier vorangehen möchte.

Mit einer kleinen Anfrage haben wir uns nach dem Kompetenzzentrum Barrierefreiheit erkundigt. Dieses wurde lange Zeit angekündigt, ohne dass sich Näheres abzeichnete. So wichtig und richtig die Barrierefreiheit ist – den erheblichen Stellenaufwuchs im Ministerium kritisieren wir dennoch.

Ebenso ging es neben weiteren Themen auch um die Mitwirkungsmöglichkeiten von Senioren. Wir wollten wissen, ob das Land ein Seniorenmitwirkungsgesetz plant. Auch hierzu gab es eine kleine Anfrage.

Die Ausbrüche aus dem Maßregelvollzug haben wir zum Anlass genommen, diesen Bereich aufzugreifen und insbesondere die Planungen zum Standort in Heidelberg nachzufragen.

DIE WICHTIGSTEN ANTRÄGE

- » [17/586](#) - Errichtung eines Landeskompetenzzentrums Barrierefreiheit
- » [17/644](#) - Pflegeausbildung und Personalsituation in den Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg
- » [17/790](#) - Partizipationsmöglichkeiten für Senioren
- » [17/957](#) - Unterstützung der Aufklärungsarbeit von Verschickungskindern in der Vergangenheit
- » [17/1289](#) - Standorte und Kapazitäten des Maßregelvollzugs in Baden-Württemberg

IM FOKUS

CORONA: WIE WIR UNSERE LEHREN DARAUS ZIEHEN SOLLTEN

Arbeitskreis:
Soziales und Integration

Ansprechpartner:
Niko Reith
Jochen Haußmann
Rudi Fischer

Die Corona-Lage ist das alles überschattende Thema. Die Hoffnungen, die man sich über den Sommer gemacht hat, sind schnell verflogen.

Die grün-schwarze Landesregierung war hier entschieden zu gutgläubig und hat die Warnungen der Wissenschaft sowie die Erkenntnisse aus Israel ungenutzt verstreichen lassen. Viel früher hätte klar kommuniziert werden müssen, dass es eine dritte Impfung braucht. Das hätte planvoll angegangen werden müssen. Stattdessen haben wir zum Jahresende 2021 einen Überbietungswettbewerb an drastischen Einschränkungen erlebt.

Auf Landesebene ist die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Koalitionsvertrag der grün-schwarzen Landesregierung fest vereinbart. Zu einem ersten Entwurf eines Einsetzungsbeschlusses haben wir zusammen mit der SPD erheblichen Korrekturbedarf geltend gemacht.

Denn unser Ansatz ist ganz klar: Wenn man für die Zukunft Lehren ziehen möchte, dann muss man in einem ersten Schritt sauber analysieren, was war. Und zwar sowohl im Positiven als auch im Negativen. Das hat Grün-Schwarz zunächst abgelehnt.

Hier geht's zurück zur Übersicht!